

Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern 12.06.2024 in Güstrow

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Bürokratieabbau

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung des FVDZ MV fordert die zuständigen Landes- und Bundesstellen auf, in Zeiten der sinkenden Verfügbarkeit von zahnmedizinischen Behandlungsstunden dem politischen Schlagworttourismus („Bürokratieabbau“) zügig konkrete, sinnvolle und effektive Maßnahmen folgen zu lassen. Aus dem Alltag entstehende Hinweise von Seiten der Zahnärzteschaft („Vorschläge des FVDZ zum konkreten Handeln“) müssen Gehör finden, die Ausarbeitung von BZAEK und KZBV „Gemeinsam Bürokratie abbauen“ liegt seit Langem fertig vor und muss nun endlich umgesetzt werden.

Begründung:

Das Deckmäntelchen „Bürokratieabbau“ im Sinne von oktroyierter Bürokratieveränderung reicht längst nicht mehr aus, um den immer größer werdenden Berg an Lasten, die die zahnärztliche Behandlungsfreiheit und damit die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung erdrückt, zuzudecken. Die Umgestaltung durchaus sinnvoller Kontrolle im Sinne von „Checks and Balances“ hin zu einer interessengelenkten Misstrauensbürokratie (siehe Positivdokumentation, Regression) muss ein Ende haben.

Schier unendlichen, aufgeblähten behördlichen Kontroll- und Sanktionsressourcen stehen endliche Kapazitäten in der zahnmedizinischen Versorgung inklusive deren Dokumentation gegenüber.

In Zeiten der sinkenden Verfügbarkeit zahnmedizinischer Behandlungszeit muss mit der nicht substituierbaren, höchstpersönlich zu erbringenden Leistung der Zahnärzteschaft Haus gehalten und wertschätzend umgegangen werden. Die persönliche Resilienz der zahnärztlichen KollegInnen ist sowohl durch die steigende Belastung auf Grund des höheren Patientenaufkommens als auch durch die kräftezehrenden, weil insuffizient durchdachten Neuerungen (TI und Co.) aufgebraucht.

Jetzt steht sogar die zahnmedizinische Grundversorgung auf dem Spiel!

Ergebnis: